

Deutscher Pflegerat e.V., Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

[REDACTED]

Mauerstraße 27
10117 Berlin

Deutscher Pflegerat e. V.

Alt-Moabit 91
10559 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 398 77 303

info@deutscher-pflegerat.de
www.deutscher-pflegerat.de

Berlin, 08. August 2024

Sicherstellung des Erfolgs der PPBV
Nachtrag zum Gespräch vom 25. Juli 2024

[REDACTED]

wir möchten uns noch einmal herzlich für das gemeinsame Gespräch und den Austausch zur Einführung der PPR 2.0, insbesondere dem damit verbundenen Umgang mit fachlichen Rückfragen aus der Praxis und dem weiteren Vorgehen hierzu, bedanken.

Der Deutsche Pflegerat hat ein großes Interesse daran, dass die Umsetzung der PPR 2.0 in der Praxis erfolgreich gelingt. Wir möchten daher ausdrücklich betonen, dass wir auch weiterhin für eine konstruktive Politikberatung und Unterstützung in der Einführungs- und Weiterentwicklungsphase zur Verfügung stehen.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der PPR 2.0 und auch aller weiteren zukünftigen Pflegepersonalbemessungsinstrumente braucht es aus Sicht des Deutschen Pflegerates jedoch eine verlässliche Institution auf Bundesebene, die eine lückenlose und adäquate fachliche Begleitung ermöglicht. Die Realität zeigt, dass bereits jetzt im Rahmen der Einführungsphase der PPR 2.0 ein hoher, teils sehr spezifischer pflegefachlicher Beratungsbedarf besteht, der kurzfristig bewältigt werden muss, aber auch mittel- und langfristig zu erwarten ist.

Um auf den aktuellen Bedarf zu reagieren, hält es der Deutsche Pflegerat für unerlässlich, Mittel für eine kurzfristige Ansprechbarkeit zu fachlichen und auch juristischen Fragestellungen bereitzustellen. Die Übernahme einer zentralen Ansprechbarkeit auf Bundesebene ist mit den aktuellen personellen und finanziellen Ressourcen, die dem Deutschen Pflegerat zum aktuellen Zeitpunkt zur Verfügung stehen, nicht zu realisieren. Um eine standardisierte Rückmeldestruktur in der Einführungsphase zu entwickeln und umzusetzen, benötigt es die Mittel zur Schaffung einer begleitenden Stelle im Zeitraum der Einführung der PPBV mit anschließender Evaluation und mit Blick auf bereits geschaffene Strukturen und der Notwendigkeit zur Fortführung. Diese Position könnte zunächst als halbe Stelle beginnen und bei Bedarf auf eine Vollzeitstelle erhöht werden.

Der Aufbau einer zentralen Begleitinstitution mit Besetzung pflegefachlicher, pflegewissenschaftlicher und juristischer Expertise ist aus vielerlei Hinsicht zusätzlich notwendig. Neben der langfristigen Unterstützung der Krankenhäuser, die PPR 2.0 als lernendes System zu etablieren, begründet sich ein solches Begleitinstitut auch aus zu erwartenden fachlichen Fragen zur Nutzung des Personalbemessungsinstruments für Intensivstationen der Erwachsenenpflege sowie aus der Weiterentwicklung und Ausweitung der PPR 2.0. Es ist wesentlich für eine pflegefachliche und -wissenschaftliche Bewertung von Daten zur Personalbesetzung sowie für die Ableitung von Maßnahmen im Rahmen der Datenübermittlung und der Konvergenzphase.

Das InEK ist mit der Datenauswertung und -übermittlung an das Bundesministerium für Gesundheit beauftragt. Um die beiderseitige Expertise effektiv zu nutzen, sollte eine fachliche Begleitung in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem InEK gedacht werden. Gegebenenfalls könnte bis zur Schaffung einer Bundesinstitution eine Erweiterung der InEK-Arbeitsfelder um ein neues „Arbeitsfeld Pflege“, besetzt mit pflegewissenschaftlicher Expertise, eine Zwischenlösung darstellen. Mögliche Aufgaben könnten sein:

- Aufbau einer Abfrage- und Rückmeldestruktur
- Fachliche Begleitung und Beratung zur Umsetzung der PPBV
- Identifizierung, Klärung und Reduzierung von Interpretationsspielräumen
- Weiterentwicklung der Pflegepersonalbemessung im akutstationären Bereich
- Begleitung von Beratungen in Gremien
- Mitwirkung an der gesetzlich verankerten Evaluation der PPBV

Mit der Verabschiedung der Verordnung wurde bundesweit das wichtigste Signal für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Personalsituation in der Pflege im Krankenhaus gesendet. Einem Scheitern der erfolgreichen Umsetzung durch fehlende Unterstützungsangebote sollte entschieden entgegengewirkt werden.

Mit freundlichem Gruß



Christine Vogler
Präsidentin



Irene Maier
Vizepräsidentin